

## Jeden Tag am Mainufer

Zu: „Querdenker‘ unter sich“, FR-Regional vom 21. April

Ihren Artikel über die Demonstration von Bornheim zum „Römer“ beginnt Sabine Schramek mit dem Satz: „Großen Zulauf haben Corona-Leugner in Frankfurt weiterhin nicht“. Demnach beteiligten sich nach Polizeiangaben 100 Menschen an der Demonstration. Nun ja, weshalb sollte jemand an einer angemeldeten Demonstration teilnehmen, deren Auflagen (Maskenpflicht, Abstand halten) von der Polizei kontrolliert und bei Nichtbeachtung geahndet werden? Wo es doch für Corona-IgnorantInnen die Möglichkeit gibt, jeden Tag von acht bis 22 Uhr am Mainufer ungestört und unkontrolliert zu demonstrieren, was sie von den Maßnahmen halten: Nix! Alleine, zu zweit, in Gruppen Gesicht an Gesicht. Und auch noch das Alkoholverbot brechen.

Otto Gebhardt, Frankfurt

## Das haben wir nicht verdient

Zu: „Frankfurter Tafel wehrt sich gegen Rassismuvorwurf“, FR v. 27.4.

Ich bin seit Jahren ehrenamtlicher Mitarbeiter der Tafel und wehre mich entschieden gegen die Verbindung „Tafel und Rassismus“ in Ihrem Artikel. Wenn wir eine Personengruppe von der Lebensmittelvergabe ausschließen mussten, dann lässt sich das begründen und diskutieren. In dieser Gruppe gibt es alle möglichen Menschen, große, kleine, schwarze, braune, gelbe und auch viele weiße. Wird die Tafel für alle irgendwie bedürftigen Menschen geöffnet, dann ist die Gesamtstruktur in Gefahr. Das hat uns die „Flüchtlingskrise“ 2015 gezeigt. Ich gebe den Ball an die staatlichen Einrichtungen weiter. Umfassende Hilfe im Bereich der Lebensmittelhilfe ist nicht ohne massive Unterstützung des Staats möglich.

Nach diesem Artikel werden viele Leserinnen und Leser lange im Hinterkopf haben, dass da irgendetwas war mit der Frankfurter Tafel und Rassismus. Das haben die Menschen, die sich ehrenamtlich in schweren Jobs dort engagieren, nicht verdient.

Wilfried Panzer, Frankfurt

## Nach oben keine Grenze

Zu: „Der ‚King of Bling‘ eröffnet in Frankfurt“, FR-Regional vom 10. April

Endlich auch in Frankfurt: Der Laden mit den Jeans mit der Teddybarapplikation für schlappe 2498 Euro. Wem so 'ne Hose zu billig ist, kann sie sich mit Gold und Edelsteinen noch aufmöbeln lassen. Nach oben gibt's keine Grenzen. Fritz Brehm, Frankfurt



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

#### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

#### Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

#### Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

**Alle Stimmen** dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/lf-20210503](http://frblog.de/lf-20210503)

**Was tun für Insekten?** Bronski baut seinen Garten um. Kräuter, heimische Blühpflanzen, Insektenhotels, Totholz – lesen Sie hier: [frblog.de/garten-07](http://frblog.de/garten-07)

## Mit Wasserwerfern und Pfefferspray

Zu: „Polizei in der Kritik“, FR-Regional vom 19. April

„Natürlich können wir nicht Frauen, Kinder, ältere Menschen in Zivilkleidung einschließend umstellen, um Verstöße gegen Maskenpflicht festzustellen, oder gar mit Wasserwerfern auf Plätzen vorgehen. Das wäre nicht gut gewesen“ – das ist die Begründung des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), warum die Polizei „Querdenker“, Coronaleugner und ihre Unterstützer aus der faschistischen Ecke maskenlos durch die Innenstädte ziehen lässt.

Aber natürlich können Frauen, Kinder und ältere Menschen in Zivilkleidung umstellt, einge-

kesselt, mit Wasserwerfern umgeblasen und mit Pfefferspray verletzt werden, wenn sie an Gegendemonstrationen gegen „Querdenker“ und Nazis teilnehmen, gegen die Politik der Herrschenden, gegen Verarmung und Entrechtung protestieren und blockieren.

Da wird die Demo gegen den G20-Gipfel, an dem die Verantwortlichen für Elend und Zerstörung teilnehmen, mit unvorstellbarer Brutalität von der Polizei niedergeknüppelt und Gewerkschaftsjugendliche in Polizeisammelstellen festgehalten und gedemütigt und ein anderer Ju-

gendlicher monatelang in U-Haft gesteckt nur wegen seiner gewaltlosen Teilnahme.

Quarzsandhandschuhe gegen Linke, Samthandschuhe bei Nazis und ihren Mitläufern. Genau das ist doch die Polizei: Sie schützt die Herrschenden, die Reichen, die Mächtigen und ihre Groschenjungs. Wer sich gegen diese wehrt, wird umstellt, mit Wasserwerfern und Pfefferspray eingedeckt. Und wenn jemand die falsche Hautfarbe hat wie Oury Jalloh, wird er in der Polizeizelle umgebracht. Und die GdP entschuldigt alles?

Annette Müller, Frankfurt

## Fehleinschätzung mit Folgen

Konferenzplattform: „Hessen lässt Videotool entwickeln“, FR-Regional v. 22.4.

Der Kultusminister zeigt sich zuversichtlich. Das muss er von Amts wegen tun. Ist die Zuversicht begründet? Hier tauchen Zweifel auf.

Der Bericht über die geplante Einführung eines neuen digitalen Konferenzsystems gewährt tiefe Einblicke in die nach Reiz-Reaktionsschema funktionierende Bildungsverwaltung. Der Datenschutz setzt für Regelungen innerhalb rechtlicher Vorgaben ein Ultimatum, und die interne Verwaltung soll dies, nun bereits unter Zeitdruck, umsetzen. Das heißt. Die Kultushoheit agiert wieder nicht aus der Offensive heraus, ähnlich wie es damals bei der Umsetzung der UN-Charta im Bereich Inklusion geschehen ist, der heute noch von damals injizierten Widersprüchen landesweit belastet ist.

Diesmal besteht die Zuversicht, dass in etwa 15 Wochen in Europa ein funktionierendes System zu finden sei, für das die weltgrößten Entwicklungszentren der Branche jahrelange Expertise vorweisen können. Gerne möchten wir alle unterstellen, dass die geäußerte Zuversicht an dieser Stelle sachlich begründet und fachlich fundiert ist. Läge aber eine Fehleinschätzung in einem Sys-

tem vor, das Abläufe immer wieder unveränderlich reproduziert, hätte das weitreichende Folgen.

Die Ebenen der Schulverwaltung und der Schulleitungen tragen noch die frisch vernarbten Wunden der unendlichen Leidenszeit während der Implementierung des Landesweiten Verwaltungsprogramms LUSD, das ebenfalls ein unter Zeitdruck eingeführtes schulspezifisches Datenverarbeitungsprodukt als Alternativangebot zu gebräuchlichen Systemen war. Die beamteten Menschen in den Ämtern werden den Anweisungen des obersten Dienstherren folgen, die lernenden Menschen in den Klassenzimmern werden im täglichen Erleben gefangen sein. Mit den Folgen einer Fehleinschätzung und unbegründeter Zuversicht wären alle überquälend lange Zeit im täglichen Kleinkampf konfrontiert, der Minister nicht.

Gravierend dabei ist aber vor allem, dass bei auftretenden Schwierigkeiten auf allen Ebenen wertvolle Arbeitszeit absorbiert würde, die eigentlich für die Planung und Umsetzung der unbedingt nötigen Innovationsvorhaben dringend gebraucht wird.

Peter Hartwig, Ginsheim-Gustavsburg

## Befragen wir Betroffene!

Zu: „Mainkai wieder sperren“, FR-Regional vom 21. April

Der Beitrag beschäftigt sich im Wesentlichen mit der Initiative von Herbert Schmall, der eine Sperrung des Mainkai ablehnt, da er eine Verlagerung des Verkehrs durch Sachsenhausen befürchtet. Herr Leclerc argumentiert dagegen und spricht von einer Umfrage, in der die Mehrheit der Bevölkerung die Sperrung befürwortet.

Die Mehrheit der Bevölkerung ist von einer Verlagerung des Verkehrs nicht betroffen, insofern ist dieses Ergebnis nicht aussagefähig. Die Umfrage sollte sich an den Teil der Bevölkerung richten, der von der Verlagerung betroffen ist, also an die Menschen, die in Sachsenhausen leben. Meine Erfahrung aus der Sperrung des Mainkais zeigt eine starke Zunahme des Verkehrs im Stadtteil Sachsenhausen, insbesondere rund um Mörfelder Landstraße und Schweizerstraße. Die Belästigung durch Lärm und Abgase kann den Anwohnern nicht zugemutet werden. Mein Vorschlag lautet, eine Umfrage unter den Einwohnern von Sachsenhausen durchzuführen und das Ergebnis bei den Überlegungen zu berücksichtigen.

Manfred Christmann, Frankfurt

## Besserung ist nicht in Sicht in dieser „Metropole“

Zu: „Elektroroller bleiben ein Problem“, FR-Regional vom 24. April

Die Anbieter von E-Rollern genießen in Frankfurt Vorteile, die ihnen laut bestehenden Gesetzen und Verordnungen nicht zustehen. Denn bereits das geordnete Aufstellen dieser Roller stellt eine Sondernutzung des öffentlichen Raums dar. Wobei „geordnet“ vielfach eine untertreibende Bezeichnung ist. Wiederholt waren beispielsweise die Auf- und Abgänge zum Südbahnhof im Stadtteil Sachsenhausen durch E-Roller blockiert, ebenso ampelgeregelt Fußgängerüberwege am Großen und Mittleren Hasenpfad teilweise versperrt. Für das ungeordnete und zumeist verkehrsfährende Abstellen mitten auf

den Gehwegen durch die Nutzer dürfte es formalrechtlich ohnehin keine Duldung geben. Denn diese stellen gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr dar.

In vergleichbaren Fällen ist die Stadt Frankfurt hingegen nicht zimperlich. Das Frankfurter Straßenverkehrsamt stellt Gewerbetreibenden üblicherweise eine Gebühr für das Aufstellen von Werbetafeln auf Gehwegen in Rechnung. Wer diese Sondernutzung nicht anmeldet und erwischt wird, muss mit einem Ordnungsgeld rechnen. Nur für die ebenfalls kommerziellen Anbieter von E-Rollern scheint das nicht zu gelten.

Diese Vorgänge passen zu einem anderen Ärgernis. Seit vier Jahren ist der Gehweg in der Tucholskystraße (im Stadtteil Sachsenhausen) in Höhe der Hausnummern 2, 4 und 6, unmittelbar nach der Kreuzung Ossietzkystraße, gefährlich abgesenkt. Die Verursacher waren schwere Baufahrzeuge, die während der Errichtung von Neubauten auf der gegenüberliegenden Straßenseite dort verkehrten. Die tiefen Rillen in Reifenbreite sind eine große Gefahr für Gehbehinderte und Bürger mit Kinderwagen. Das Bauunternehmen, eine Firma aus dem Main-Kinzig-Kreis, will sich – nach der mündlichen Aus-

kunft eines Mitarbeiters – angeblich zur Übernahme der Kosten bereit erklärt haben. Doch selbst, falls das nicht zutreffen sollte, ist das Straßenverkehrsamt unverzüglich gefordert.

In dieser Stadt, die sich gern als Mainmetropole bezeichnen lässt, herrscht ein Schlendrian, der durch die bisherige Regierung aus CDU, SPD und Grünen, der keine wirksame Opposition gegenüberstand, noch befördert wurde. Besserungen sind nicht in Sicht. Denn wer mit der FDP koalitiert, holt sich erfahrungsgemäß Tod und Teufel in den Magistrat.

Klaus Philipp Mertens, Frankfurt